

Pro und Contra zum Mietendeckel - das sagen die

Bezirkspolitiker. „Mietenwahnsinn stoppen, Mietendeckel einführen – wer will bezahlbare Mieten?“, heißt das [Thema des Monats](#) auf der Webseite des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf. Jeden Monat positionieren sich alle BVV-Fraktionen zu einem Thema, das wechselnd eine von ihnen formuliert. Diesmal ist die Linksfraktion dran. Wir fassen die Beiträge zusammen.

Unabhängig davon hat sich Rat der Bürgermeister (RdB) am Donnerstag mehrheitlich zum geplanten Mietendeckel-Gesetz der rot-rot-grünen Landesregierung bekannt, es aber gleichzeitig [abgelehnt](#), [Kontrollaufgaben auf die Bezirke zu übertragen](#). Zur Begründung hieß es vor allem, der zu erwartende Ansturm auf die Bezirksämter würde diese überlasten – trotz der jeweils vier geplanten zusätzlichen Stellen.

In der schriftlichen Debatte der BVV betont der SPD-Bezirksverordnete und Baupolitiker **Wolfgang Tillinger**, seine Partei strebe mit dem „von ihr erdachten“ Mietendeckel das „Einfrieren“ der Mieten für fünf Jahre in ganz Berlin an. Auf der Landesebene habe die SPD die Koalitionspartner mit vielen Gutachten „von der rechtlichen Umsetzbarkeit der Idee überzeugt.“ Keine Rechtssicherheit gebe es dagegen bei der zusätzlichen Forderung der Linken nach Mietsenkungen. Damit würde „das ganze Vorhaben gefährdet“. Stattdessen bleibe die SPD bei ihrem Plan, den „dringend benötigten Bau und Kauf von (Sozial-)wohnungen voranzutreiben“ und Mietsteigerungen zu verhindern. Im Bezirk wolle man Investoren dazu bewegen, 30 Prozent der geplanten Wohnfläche „an städtische Wohnungsbaugesellschaften zu geben oder selbst gebundene Mietpreise anzubieten“.

Den „Anfang vom Ende einer lebenswerten Stadt Berlin“

befürchtet **Christoph Brzezinski** (CDU). Natürlich wünsche sich auch seine Fraktion bezahlbare Mieten. Aber: „Für Menschen, die auf Wohnungssuche sind, würde sich die Situation noch weiter verschärfen, denn niemand würde und könnte unter diesen Bedingungen noch neue Wohnungen in Berlin schaffen.“ Auch Geld für die Instandhaltung bestehender Wohnungen „dürfte es dann kaum noch geben“. Deshalb findet Brzezinski die Pläne der rot-rot-grünen Landesregierung „alles andere als gerecht“.

Mietrecht sei „grundsätzlich Bundesrecht“, betont **Jenny Wieland** (Grüne) – und teilt damit sogar weitgehend [eine Einschätzung](#) des Bundesinnenministeriums unter **Horst Seehofer** (CSU). Aber schon seit 15 Jahren versage die Bundesregierung völlig dabei, den „Mietenwahnsinn“ in den deutschen Großstädten in den Griff zu bekommen, kritisiert Wieland. „Die Grünen unterstützen daher den aus der Not geborenen Vorschlag der SPD, das Versagen des Bundes durch ein Mietendeckel-Gesetz auf Landesebene aufzuwiegen zu versuchen.“ Dies müsse allerdings „verfassungskonform“ geschehen. Keinem Mieter sei geholfen, falls „nach ein paar Jahren Klagezeit eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dazu führt, dass ein unverhältnismäßiger Berliner Mietendeckel für unwirksam erklärt wird“ und Vermieter hohe Nachzahlungen verlangen dürften. „Das wäre eine soziale Katastrophe.“

Johannes Heyne (FDP) hält es für „fraglich, ob das verfassungsrechtlich bedenkliche Mittel des Mietendeckels zum Erfolg führt“. Wichtiger sei es, neue Wohnungen zu bauen und brachliegende Grundstücke zu entwickeln. Außerdem müsse „der Bodenspekulation die Grundlage entzogen werden“. Durch eine Festschreibung der Miethöhen entstehe dagegen keine neue Wohnung. Vielmehr würden potenzielle Bauherren „verschreckt“, weil „keine belastbare Kalkulation“ für Projekte mehr möglich wäre.

Jan von Ertzdorff-Kupffer (AfD) wift der Bundes- und der Landesregierung eine „neoliberale Privatisierungswelle, einseitige Förderung von Eigentumswohnungen, Verscherbeln landeseigenen Bestands“ und die „Vernachlässigung sozialen Wohnraums“ vor. Zu den Problemen trügen auch die „wachsende Stadt“, überforderte Baubehörden, hohe Baunebenkosten, eine Nullzins-Politik und eine „verfehlte Melange aus Asyl- und Migrationspolitik“ bei. Der geplante Mietendeckel sei „undifferenziert“ und deshalb „ironischerweise unsozial“. Alternativ fordert die AfD-Fraktion unter anderem mehr sozialen Wohnungsbau und eine „Eigentumsförderung durch Förderbanken“.

„**Selbst für die Mittelschicht**“ seien Wohnungen in vielen Kiezen des Bezirks schon zu teuer geworden, kritisiert **Niklas Schenker** (Linke). Seine Partei kämpfe dafür, dass Mieten fünf Jahre nicht steigen dürfen, aber auch dafür, dass „zu hohe Mieten auf festgelegte Mietobergrenzen abgesenkt werden“. Aus Stellungnahmen des Berliner Mietervereins und des Republikanischen Anwaltsvereins gehe hervor, dass dies „rechtlich machbar“ sei. Im Bezirk verschaffe der Mietendeckel vielen Wohnungsmietern eine „Atempause“. Zusätzlich müssten deutlich mehr bezahlbare Wohnungen neu entstehen und private Konzerne wie die Deutsche Wohnen „vergesellschaftet und in Gemeineigentum überführt werden“.
